

Das Volk soll über Spital abstimmen

Verein und Ärztesgesellschaft Baselland wollen Bruderholzspital mit Volksinitiative retten

Von Joël Hoffmann

Binningen. Geht es nach den Regierungen beider Basel, nach dem Uni-Spital und nach dem Kantonsspital Baselland (KSBL), dann wird das Bruderholzspital im Rahmen der gemeinsamen Spitalgruppe zu einer Tagesklinik umgebaut. Die Zeiten, als auf dem Bruderholz die erweiterte medizinische Grundversorgung angeboten wurde, sollen also bald vorbei sein. Nun stellt sich ein neu gegründeter Verein gegen die Pläne der Regierungsräte und Spitalchefs. Mit einer Volksinitiative wollen sie das Bruderholzspital als erweiterten Grundversorger erhalten. Hinter dem Anliegen steht nicht zuletzt auch die Ärztesgesellschaft Baselland.

«Wir stimmen über jedes Trottoir ab, aber eine solch gewichtige Veränderung, wie sie beim Bruderholzspital geplant ist, wird im Geheimen am Volk vorbeigedrückt», sagt Heinrich Schaefer. Das sei undemokratisch. Der Mediziner arbeitete einst auf dem Bruderholz und ist Gründungsmitglied der Schweizer Spitex. Er ist Mitglied des neu gegründeten Vereins «Ja zum Bruderholzspital». Aus dem Verein soll ein überparteiliches Initiativkomitee entstehen, das mit seinem Volksbegehren das heutige umfassende Angebot im Unterbaselbiet erhalten will.

Ehemaliger Chefarzt für Initiative

Schaefer vertritt im neuen Verein zudem die Ärztesgesellschaft Baselland, deren Vorstand sich ebenfalls gegen die Abbaupläne des Baselder Gesundheitsdirektors Thomas Weber (SVP) ausgesprochen hat. Bekanntes Mitglied des Vereins ist Hans Kummer, der ehemalige Chefarzt im Bruderholz und SVP-Mitglied. Ebenfalls im Vorstand ist



Alle für ein Spital. Mediziner Heinrich Schaefer, Vereinspräsident Steffen Herbert und Jungpolitiker Pascal Lüscher (v. l.) wollen die Degradierung des Bruderholzspitals nicht hinnehmen und sammeln Unterschriften. Foto Kostas Maros

Pascal Lüscher, der in der SVP Ettingen politisiert. Präsiert wird der Verein von Steffen Herbert, dem Unternehmer, der für die SVP im Frühling in den Reinacher Gemeinderat gewählt werden will. Als einzige Mitarbeiterin des Bruderholzspitals gehört Herberts Frau, die Kinderkrankenschwester Evelyn Herbert, dem Vorstand an.

«Das Spital liegt mir am Herzen. Es ist ja unser Spital hier im Unterbaselbiet», sagt Herbert. Die Parteizugehörigkeit der meisten Vorstandsmitglieder legt die Vermutung nahe, dass es ihnen primär um lokalpatriotische Anliegen geht. Das stimmt insofern, als dass sie kritisieren, dass ein Einzugsgebiet, das etwa gleich viele Einwohner hat wie die

Stadt, auf sein Spital verzichten müsste, statt dass das Uni-Spital beispielsweise aufs Bruderholz zieht.

Unterversorgung befürchtet

Der parteilose Arzt Schaefer kritisiert grundsätzlich das Konzept eines Ambulatoriums. «Eine Tagesklinik ohne Hintergrund ist unnötig», sagt er. Damit meint Schaefer, dass ein solches Angebot, das auf dem Bruderholz geschaffen werden soll, bereits vorhanden ist. «Wir haben genug Arztpraxen und Spezialisten, die solche ambulanten Eingriffe durchführen können.» Wie bereits Mitarbeitende des Spitals und Hausärzte fürchten auch die drei Vereinsgründer eine medizinische Unterversorgung

und Mehrkosten statt weniger Ausgaben, weil das Uni-Spital teurer sei als das KSBL. Sparen solle man hingegen bei Doppelspurigkeiten und beim Grundversorgungskatalog. «Wieso gehört beispielsweise eine Abtreibung zur Grundversorgung, die von der Krankenkasse bezahlt wird? Es gibt ja Kondome», sagt Herbert.

Die Initianten glauben, dass sie innert kürzester Zeit die erforderlichen 1500 Unterschriften zusammen haben werden. «Wir legen so bald wie möglich los», sagt Jungpolitiker Lüscher. Noch wollen sie ihre Sympathisanten im Landrat nicht nennen. Es scheint so, als ob das Volk über sein Spital abstimmen wird.

Nicht jedes Wort auf Goldwaage

Keine Aufhebung der Immunität von alt Landrat Thomas Pfaff

Von Christian Horisberger

Liestal. «Es ist nicht erstaunlich, dass kein Erfolg erzielt werden kann, wenn am runden Tisch Rechtsanwälte sitzen, die nicht nach Erfolg, sondern nach Aufwandstunden bezahlt werden.» Mit diesen Worten hatte Thomas Pfaff am 25. Juni im Landrat seinem Ärger über den nicht enden wollenden Rechtsstreit zwischen dem Kanton und dem Hemmiker Bauern Alfred Sutter um die Deponie Wischberg Luft gemacht. Diese Beleidigung wollte der Rechtsanwalt Alfred Sutters, Caspar Zellweger, nicht auf sich sitzen lassen. Er nahm sich seinerseits einen Anwalt und liess den inzwischen abgewählten SP-Landrat aus Allschwil wegen Verleumdung verklagen. Damit die Staatsanwaltschaft ein Vorverfahren einleiten kann, muss allerdings erst die parlamentarische Immunität Pfaffs aufgehoben werden.

Dass das erforderliche Zweidrittelmehr zustande kommt, ist unwahrscheinlich. Denn die Geschäftsleitung des Landrats als vorprüfendes Gremium beantragt dem Landrat die Ablehnung der Immunitätsaufhebung. Der offensichtliche Missbrauch der Immunität – die Voraussetzung für die Aufhebung – sei nicht erfüllt, hält die Geschäftsleitung in ihrer Vorlage an den Landrat fest. Derartige Pauschalierungen, auch in spöttischem Unterton, seien in der politischen Debatte nicht aussergewöhnlich. Das Votum Pfaffs sei für eine Aufhebung der Immunität nicht schwerwiegend genug.

Grundsätzlich hält die Geschäftsleitung fest: Würde schon eine solche, nicht auf einzelne Personen abzielende Äusserung im Rahmen einer spontanen Parlamentsdebatte dazu führen, dass ein Ratsmitglied eine Strafanzeige fürchten muss, würde dies die Arbeit der Volksvertreter massiv erschweren. «Es ist wichtig, dass in einem Parlament nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt werden muss, sondern der freie Austausch von Standpunkten und politischen Meinungen, zuweilen auch in zugespitzter Form, möglich bleibt.»

Der Zirkus als Chance

Am Samstag gastierte der Circo FantazzTico aus Costa Rica in Arlesheim

Von Oliver Sterchi

Arlesheim. Für viele bleibt der Name nur ein klingendes Versprechen: Costa Rica, auf Deutsch «reiche Küste», gehört zwar zu den wohlhabenderen Ländern Zentralamerikas, doch vor Armut und Elend ist die ehemalige spanische Kolonie nicht gefeit. Vor allem Kindern und Jugendlichen in den ländlichen Regionen droht aus Mangel an Perspektiven das Abdriften in die Kriminalität. Dagegen will der Circo FantazzTico ankämpfen, der am Samstag mit seiner Show «Mandinga» in Arlesheim gastierte.

Das Sozialprojekt, getragen vom Verein Vida Nueva, bietet jungen Menschen aus sozial gefährdeten Milieus in der Kleinstadt San Isidro durch regelmässige Zirkustrainings eine Alternative zur Kriminalisierung in Banden. Die Jugendlichen üben sich bis zu viermal die Woche in Tanz, Akrobatik, Musik oder Jonglieren.

Für viele ist der Circo die einzige Freizeitaktivität. «Es ist eine ungeheure

Möglichkeit, Kindern mittels Kunst eine Perspektive zu geben», sagt Roland Spendingwimmer, der Gründer des Zirkusprojekts.

Sprungbrett für eine Karriere

Die in Arlesheim gezeigte Produktion geht auf eine Geschichte der costa-ricanischen Kinderbuchautorin Carmen Lyra zurück und handelt von einer Kakerlake, die sich auf die Suche nach einem geeigneten Bräutigam begibt. Den findet sie im eleganten und bescheidenen Mäuserich Perez. Das ungleiche Paar ist glücklich verheiratet, bis es zu einem tragischen Unfall kommt. So weit die Rahmenhandlung. Das Stück ist jedoch auch eine Hommage an die ethnische und kulturelle Vielfalt Costa Ricas und prangert dabei den schwelenden Rassismus und die Diskriminierung in den multikulturellen Gesellschaften Zentralamerikas an.

Die jugendlichen Artisten begeisterten das Publikum in Arlesheim mit waghalsiger Akrobatik, geschickten

Jonglierkünsten und einer gehörigen Portion Situationskomik, was ihnen während des Stückes mehrfach tosenden Applaus einbrachte.

Von den annähernd 300 Jugendlichen, die das Zirkusprojekt in den Elendsvierteln von San Isidro betreut, bilden die 16 Artistinnen und Artisten, die nun durch die Schweiz und Europa touren, die künstlerische Speerspitze. «Diese Jugendlichen trainieren besonders intensiv und zeichnen sich durch eine ausgeprägte Sozialkompetenz aus», sagt André Affentranger vom Basler Hilfswerk EcoSolidar, das den Circo FantazzTico seit fünf Jahren logistisch und finanziell unterstützt.

Dass der Zirkus für viele eine reale Chance zum Ausbruch aus der Perspektivlosigkeit darstellt, beweisen die Beispiele zahlreicher Artistinnen und Artisten, die das Sozialprojekt als Sprungbrett für eine internationale Karriere nutzen konnten. «Darauf sind wir besonders stolz», freut sich Zirkusdirektor Spendingwimmer.

«Moulin Rouge»-Chefin muss Schweiz verlassen

Bundesgericht segnet Vorgehen der Migrationsbehörden ab

Von Urs-Peter Inderbitzin

Lausanne/Augst. Die Betreiberin des vor sieben Jahren abgebrannten Etablissements Moulin Rouge in Augst muss die Schweiz verlassen. Ihre nun widerrufen Aufenthaltserlaubnis basierte auf einer gekauften Scheinehe.

Die heute 44-jährige Rumänin hatte in den Jahren 2002 bis 2006 jeweils für wenige Monate als Cabarettänzerin in der Schweiz gearbeitet. Im Mai 2006 erhielt sie dank ihrer Heirat mit einem zwölf Jahre jüngeren Schweizer eine Aufenthaltserlaubnis. Für die Scheinehe hatte die Rumänin 20000 Franken hingeblättert. In Tat und Wahrheit war die Tänzerin bereits seit dem Jahr 2004 mit einem anderen Mann liiert.

Im Oktober 2008 verfügte das Amt für Migration des Kantons Basel-Landschaft, gestützt auf diese Erkenntnisse der Polizei, die Nichtverlängerung der

Aufenthaltserlaubnis und ordnete die Wegweisung der Rumänin aus der Schweiz an. Die Frau erhob dagegen Beschwerde beim Regierungsrat. Noch während des hängigen Beschwerdeverfahrens brannte das von der Rumänin betriebene Etablissement Moulin Rouge in Augst nieder, wobei drei Tänzerinnen ums Leben kamen.

Strafverfahren eingestellt

In diesem Zusammenhang wurde gegen die Rumänin wegen Förderung der Prostitution und weiterer Delikte ein Strafverfahren eingeleitet. Zudem wurde sie in weiteren Verfahren im Zusammenhang mit der Brandkatastrophe als Zeugin benötigt. Dies führte dazu, dass das Verfahren wegen Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis im Januar 2009 sistiert wurde. Kurz nachdem die Staatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen die Rumänin

eingestellt hatte, wies der Regierungsrat die Beschwerde gegen die Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis ab. Eine Beschwerde beim Kantonsgericht blieb erfolglos.

Nun ist die Rumänin, die inzwischen von ihrem zwölf Jahre jüngeren «Scheingatten» geschieden worden ist und bei der Gemeinde Pratteln Sozialhilfe bezieht, auch beim Bundesgericht abgeblitzt. Sie hatte in Lausanne unter anderem argumentiert, sie dürfe nicht aus der Schweiz ausgewiesen werden, bevor das von ihr eingereichte Gesuch um Ausrichtung einer Invalidenrente entschieden sei.

Dies liess das Bundesgericht nicht gelten, zumal die IV-Behörden in einem Vorbescheid festgestellt haben, dass die Rumänin einen Invaliditätsgrad von null Prozent aufweise, also in keiner Weise behindert und auch nicht arbeitsunfähig sei.

Nachrichten

Lastwagen verliert vier Räder auf der Autobahn

Arisdorf. Glimpflich ging ein spektakulärer Unfall am Montagmorgen auf der Autobahn A2 zwischen Augst und Arisdorf aus. Vom Anhänger eines Schweizer Lastwagens lösten sich alle vier Räder auf der linken Seite. Der Hänger, auf dem ein Gabelstapler stand, kippte zum Glück nicht um. Ein Wohnmobil überfuhr eines der Räder. Die drei anderen landeten im Grünstreifen. Die A2 war bis 12.30 Uhr zum Teil gesperrt.

E-Biker angefahren und geflüchtet

Münchenstein. Die Polizei sucht ein unbekanntes Auto, das am Sonntag gegen 15.45 Uhr auf der Reinacherstrasse vor der Abzweigung Bottmingerstrasse in Münchenstein einen E-Bike-Fahrer touchiert hat. Der 70-Jährige wurde verletzt. Der Autolenker flüchtete vom Unfallort.

Merkwürdigkeiten

Wenn die Sirenen aufheulen

Von René Salathé

Liestal. Ein junger Tuareg, der kürzlich wegen einer Operation in der Schweiz weilte, zeigte sich über den hohen Lärmpegel, der unser tägliches Leben begleitet, erstaunt. Er sehnte sich in die Stille der Wüste zurück. Tatsächlich wächst der Geräuschpegel vor allem in den Städten noch immer an, sodass der Verkehrslärm vielerorts das Glockengeläute zu übertönen vermag. Eine steigende Zahl von Gehörgeschädigten ist die Quintung.

In die Diskussion um den Lärm greift gewissermassen von Amtes wegen die Luftschuttsirene ein, denn ihre Aufgabe ist es ja, mit ihrer Lärmemission jeglichen andersartigen Lärm zu brechen und damit auf ihre Botschaft aufmerksam zu machen – den Alarm. Seit wann gibt es sie, diese moderne Sirene auf den Dächern unserer Dörfer und Städte? Ein Bundesbeschluss betreffend den passiven Luftschutz der Bevölkerung vom 29. September 1934 gibt ihre Geburtsstunde preis. «Der Bund sorgt für die Vorbereitung und Durchführung geeigneter Massnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen chemische und ähnliche Kampfmittel (passiver Luftschutz), die neben der militärischen Abwehr (aktiver Luftschutz) getroffen werden.» Es war nach der nationalsozialistischen Machtergreifung die Zeit der beginnenden Abwehr.

Heute weiss jedes Kind um die Bedeutung der Luftschuttsirene, und in den Telefonbüchern kann nachgelesen werden, wie man sich anlässlich eines Alarms zu verhalten hat. 1940 gab es diese Verhaltensanweisungen noch nicht, dafür wurde der Ernstfall geübt. In der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember war in Basel nicht mehr Übung angesagt. Der Ernstfall trat ein: Englische Flugzeuge entledigten sich über Binningen und dem Gundeldinger Quartier sowie über dem Areal des Güterbahnhofs ihrer Verderben bringenden Last. Vier verlorene Menschenleben waren zu beklagen, und mehrere Personen wurden verletzt.

Text aus: Neue Baselder «Merkwürdigkeiten». 62 Betrachtungen zur Geschichte und Gegenwart des Kantons Basel-Landschaft, Liestal 2007.



Ohrenbetäubend laut. Seit dem Zweiten Weltkrieg stehen auf den Schulhausdächern Sirenen. Foto P. Plattner